

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Madenwürmer,

Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antworm“. Mit Garantie.

Anweisung Nr. 1, 20, bei Einsendung von Mk. 1,40 franko. Depot und Versand: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Regungsgebühr
Für den Abdruck von Anzeigen...
1. Zeile 1. Tag 10 Pf.
2. Zeile 2. Tag 8 Pf.
3. Zeile 3. Tag 6 Pf.
4. Zeile 4. Tag 5 Pf.
5. Zeile 5. Tag 4 Pf.
6. Zeile 6. Tag 3 Pf.
7. Zeile 7. Tag 2 Pf.
8. Zeile 8. Tag 1 Pf.
9. Zeile 9. Tag 1 Pf.
10. Zeile 10. Tag 1 Pf.

Anzeigen-Zarif
Für den Abdruck von Anzeigen...
1. Zeile 1. Tag 10 Pf.
2. Zeile 2. Tag 8 Pf.
3. Zeile 3. Tag 6 Pf.
4. Zeile 4. Tag 5 Pf.
5. Zeile 5. Tag 4 Pf.
6. Zeile 6. Tag 3 Pf.
7. Zeile 7. Tag 2 Pf.
8. Zeile 8. Tag 1 Pf.
9. Zeile 9. Tag 1 Pf.
10. Zeile 10. Tag 1 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Königsplatz 38/40.

Silberne Herren-Uhren von 8 Mark an.
Damen-Uhren von 7 Mark an.
Goldene Damen-Uhren von 15 Mark an.

Konfirmations-Geschenke!
Uhren und Goldwaren
Joh. Treppenhauer, 1 Seestrasse 1.

Echt goldene Ringe von 2 Mark an.
Reizende Colliers von 3 bis 100 Mark.
Broschen, Ohrringe, Nadeln, Knöpfe etc.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Naturnatliche Witterung: Kühl, wechselnde Bewölkung.
In der am Dienstag in Reich stattfindenden Ballon-Wettfahrt sind 26 Ballons zugelassen worden, davon 10 für die Zielfahrt, 16 für die Wettfahrt.
Die Reichstagskommission für das Hausarbeitergesetz führte gestern die Beratung des Entwurfs zu Ende. Die Auflösung des ungarischen Parlaments erfolgt am 22. März.
Der Zar plant im Juni eine Balkanreise.
Wegen der Unterdrückungen im russischen Antidanturwesen wurden in Moskau weitere zwölf Beamte verhaftet.
In Marokko predigt der Kaiser der Saeds den heiligen Krieg.

Ethische Momente im politischen Kampf.

Als alter Lehrer sage ich meinen Studenten immer, daß die Politik eine ethische Wissenschaft ist. Diese Worte sprach der nationalliberale Abgeordnete — Dr. Friedberg bei der zweiten Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlage, und in demselben Atemzuge sprach er den Konservativen die Beachtung der ethischen Grundzüge bei ihren Anträgen zur Wahlreform ab. Daß er mit diesen Worten den stürmischen Beifall der gesamten Linken einmündlich seiner Fraktion sand, beweist zur Genüge, wie weit der Redner und seine Freunde in diesem Zustande höchster Geistesfreiheit sich von der auch im politischen Kampfe zu beobachtenden Ethik entfernt hatten. Die Worte Dr. Friedbergs in diesem Zusammenhang sind eine köstliche Selbstironie, die aber für jeden warmen Vaterlandsfreund eines bitteren Nachgeschmacks nicht entbehrt.

Das höchste ethische Moment im politischen Leben ist ernste Ueberzeugungstreue. Das Volk verlangt von seinen Führern, daß sie mit der ganzen Kraft ihrer Persönlichkeit für ihr politisches Glaubensbekenntnis eintreten. Es will die Ueberzeugung haben, daß es seinen Vertretern im Parlament und im öffentlichen Leben wirklich ernst ist mit ihren Bestrebungen. Es will keine Anguren haben, die mit vielversprechendem Lächeln ihre Interessen vertreten und nicht die des Volkes, mit anderen Worten, es will keine politischen Heuchler haben zu Männern seines Vertrauens. Gewiß, auch in der Politik wird mit Wasser gekocht, aber die Volksvertreter sollen stets ein scharf ausgesprochenes Verantwortlichkeitsgefühl haben bei ihrer Arbeit für des Landes Wohl, ein Verantwortlichkeitsgefühl auch ihren Wählern gegenüber, deren Vertrauen sie ihre Mandate verdanken. Von diesen Gesichtspunkten haben sich auch die Konservativen leiten lassen, als sie im Plenum den Antrag auf Wiedereinführung der öffentlichen Abstammung bei den Urmännerwahlen einbrachten. Es ist der konservativen Partei immer und immer wieder der Vorwurf gemacht worden, sie wolle gar keine Wahlreform, sondern jede Änderung des bestehenden Wahlrechtes zu verhindern. Der Radikalismus besonders arbeitet im politischen Kampfe mit Vorliebe mit geistlichen Verdächtigungen, die sich in den Volksversammlungen zu Tatsachen verdichten und als beliebte Schlagworte in die Agitation hineintragen werden. Demgegenüber haben die Konservativen durch die Tat bewiesen, daß sie ganze Arbeit leisten wollen. Da in der Kommission festgestellt wurde, daß für die öffentliche Wahl auch bei den Urwahlen keine Mehrheit zu erreichen war, so brachten sie, wenn auch schweren Herzens, das Opfer, für die geheime Wahl einzutreten bei Beibehaltung der indirekten Wahl. Kaum war dies Kompromiß zustande gekommen, so erbot die gesamte radikale Presse, man sehe also, wie wenig den Konservativen an einer wirklichen Reform gelegen sei, denn die Regierung würde die Vorlage unter diesen Umständen höchstwahrscheinlich zurückziehen, so daß die Rechte damit ihren Zweck erreicht habe. Es mußte daher den Konservativen daran gelegen sein, vor dem Lande zu zeigen, daß sie nur von dem Gesichtspunkte aus, etwas Positives zu leisten, zur Aufgabe der öffentlichen Abstammung gekommen seien, da im Landtage für die öffentliche Abstammung keine Mehrheit vorhanden war. Das konnte aber nur dadurch geschehen, wenn man nicht die ganze Arbeit von neuem beginnen wollte, daß die Konservativen einen

Antrag auf Wiedereinführung der öffentlichen Abstammung einbrachten, um so die Kräfteverhältnisse im Landtage an der Hand der Abstammung öffentlich klarzustellen. Diese Absicht suchte man auf geheimer Seite auf jeden Fall zu vereiteln, und da war es anzuordnen Herr Dr. Friedberg, der zunächst den Antrag auf namentliche Abstammung über den konservativen Antrag stellte, der auch genehmigt wurde, um dann mit seinen Parteifreunden und der gesamten Linken den Saal fluchtartig zu verlassen. Herr Dr. Friedberg hat jedenfalls geglaubt, damit eine Feldentat zu vollziehen. Er hatte sich geirrt. Die Führer der Konservativen sind keine politischen Kinder, und da durch den Abmarsch der Linken die Absicht der Konservativen, ein Bild von den Kräfteverhältnissen im Landtage zu geben, vereitelt war, so tat man das, was taktisch einzig geboten war, wenn nicht die ganze Wahlreform gefährdet werden sollte: man kommandierte einen Teil der eigenen Fraktionsgenossen ab und brachte so den Antrag zu Fall.

Eins haben die Nationalliberalen allerdings erreicht: der Miß zwischen ihnen und der Rechten ist ganz erheblich erweitert, und das Hohngelächter der Fortschrittler und ihrer roten Freunde hätte ihnen zeigen sollen, wessen Geschäfte sie mit ihrer überflügen Taktik besorgt hatten. Herr Dr. Friedberg hat ein Schulbeispiel dafür gegeben, was er unter Ethik im politischen Kampfe versteht. Denn zu den ethischen Grundzügen in der Politik gehört auch die Achtung vor der Ueberzeugungstreue der Gegner, vor allem, wenn es sich um Männer handelt, die auf dem Boden der gleichen christlichen und monarchischen Weltanschauung stehen. Sobald diese gegenseitige Achtung wegfällt, dann sinken die Parlamente auf das Niveau von Volksversammlungen herab, dann schwindet überhaupt Treue und Glauben im politischen Leben, dann entsteht ein Kampf aller gegen alle, und nur der ist der Sieger, der am lautesten zu schreien und am gehässigsten zu verleumden verheißt. Es kann den preussischen Nationalliberalen der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie diesen ethischen Grundzug in jener stürmischen Landtagsführung außer acht gelassen haben, um so mehr, als der nationalliberale Abgeordnete Schiffer am nächsten Tage denselben gehässigen Ton in die Verhandlungen wieder hineintrug, wie sein Kollege Dr. Friedberg in der Sitzung am vorhergegangenen Tag. Der preussische Landtag hat wenig derartig stürmische Verhandlungen in den letzten Jahrzehnten erlebt wie die heutigen, die Erregung war auf dem Siedepunkt angelangt, da griff der Führer der Konservativen, Freiherr von Heydebrand, mit staatsmännischer Kühnheit in den Kampf ein — und bot den Nationalliberalen abermals die Friedenshand. Es bleibt ein unbestreitbares und nicht hoch genug zu würdigendes Verdienst dieses Mannes, daß er in den wilden Chaos der Kampfesstimmung wieder den ethischen Grundzug der Verständigung zum Wohle des Landes hineintrug. Die Zeiten sind sehr ernst, tief der konservativen Führer den Nationalliberalen zu. Jawohl, die Zeiten sind wirklich sehr ernst, wie zu ernst, um mit taktischen Manövern vermeintliche Erfolge zu erzielen, die nur zur endgültigen Entzweiung der Parteien führen können. Herr von Heydebrand ist ein ganzer Mann, eine politische Persönlichkeit, an deren sittlichem Ernst niemand zweifeln darf. Wenn dieser Mann, obwohl auf das schwerste gekränkt durch das Verhalten der Linken, dennoch zum Frieden mahnt, zur Verständigung, dann sollte in der Tat der gute Geist der Nationalliberalen zur Einsicht kommen und den Weg gemeinsamer Arbeit beschreiten. Dadurch, daß die Konservativen für die geheime Abstammung schließlich eintraten, haben sie schlagend bewiesen, daß sie entgegenkommen wollen. Es ist daher rein unverständlich, daß Herr Dr. Friedberg behaupten konnte, von einem Entgegenkommen der Konservativen habe er nichts gemerkt. Herr Dr. Friedberg ist auch nicht die nationalliberale Partei, er verkörpert auch wirklich nicht den guten Geist der Fraktion, aber er verkörpert den Geist, der augenblicklich in der Partei maßgebend ist.

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage ist nunmehr beendet, die Vorlage der Kommission ist angenommen. Von der ursprünglichen Regierungsvorlage ist wenig übrig geblieben, statt der direkten Wahl ist die indirekte, statt der öffentlichen Abstammung die geheime, wenigstens bei den Urwahlen, beibehalten worden. Wie sich die preussische Regierung zu dieser Reform stellen wird, ist noch nicht bekannt. Es wird behauptet, sie wolle die ganze Vorlage zurückziehen und zu einer Zeit einbringen, wo die Möglichkeit eines Zusammengehens der Konservativen und der Liberalen eher gegeben sei. Viel Wahrscheinlichkeit hat die

Meldung von einer Zurückziehung im jetzigen Stadium nicht für sich, aber unmöglich ist sie nicht. Die Nationalliberalen haben die Friedenshand, die ihnen Herr von Heydebrand und Herr von Poppenheim entgegenstreckten, angegriffen, sie wollen keine Verständigung, sie wollen den Kampf. Die Situation in Preußen ist damit der im Reich gleich, und die Verantwortung für diesen schlimmen Zustand tragen Herr Dr. Friedberg und seine Fraktion. Das ist ein trauriges Ergebnis des langen Haders, daß er von seinem ehrlichen Friedensschluß beendigt wird. Es wäre wirklich zu wünschen, daß Herr Dr. Friedberg den Satz, die Politik sei eine ethische Wissenschaft, nicht nur vom Lehrstuhl aus verkünden würde.

Neueste Drahtmeldungen

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Brü.-Tel.) Die Beratung des Etats des Reichsanwaltschafts nebst Reichsanwaltschaft wird fortgesetzt. Zur Debatte stehen die dazu gehörenden Resolutionen. — Abg. Prinz Carolath-Schönau (natl.) empfiehlt eine von ihm und dem Abg. Eichhoff (fortschr. Rp.), Abg. Arndt (natl.), Abg. Hasenfeld (natl.) und Abg. Schwarz (natl.) eingebrachte Resolution: Den Reichsanwaltern zu erlauben, nach dem Beifall zahlreicher anderer Staaten zur Unterstützung der Verträge für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit eine Beihilfe in den nächstjährigen Etat einzusetzen. Auch untererleits ist eine das Verhältnis für die hohe Bedeutung eines solchen internationalen Schiedsgerichts voraus, so daß er wohl auf Annahme der Resolution rechnen dürfe. — Abg. Eichhoff (fortschr. Rp.) tritt gleichfalls für die Resolution ein. Die interparlamentarische Union habe sich mit ihrer zunehmenden Bedeutung auf dem letzten Berliner Kongreß eine ganz neue Organisation gegeben. Von anderen Staaten, besonders von England und Amerika, werde die Union unterstützt. Es bedürfe umfassender Archive neben der Bibliothek, um so mehr, als die Union schon 18 Gruppen zähle. Redner fragt, wie es mit den Schiedsgerichtsverträgen mit Amerika und Oesterreich stehe. — Staatssekretär v. Schöner: Die Anregungen betreffend Unterstützung der Union wird der Reichsanwalt in gebührender Rücksicht nehmen. (Bravo!) Ein Wort wird dabei allerdings der Schiedsrichter mitzuspriechen haben. Die Verhandlungen wegen eines Schiedsgerichtsvertrages mit Amerika sind nicht abgebrochen. Unsere Vorschläge liegen der Bundesregierung in Washington vor. — Ministerialdirektor v. Arxner teilt hinsichtlich Oesterreich-Ungarns noch mit: Ein Schiedsgericht, wie es im Handelsvertrage vorgesehen sei, sei immerhin ein schwerfälliger und kostspieliger Apparat. Es sei aber anzunehmen, daß wir uns mehr und mehr über Tariffragen mit Oesterreich auf einheitliche Grundzüge einigen würden. — Abg. Ledebour (Soz.): Gegen die Resolution haben wir natürlich nichts. Aber die Antragsteller täten noch besser, wenn sie uns in unserem Bestreben nach Abmilderung der Rütungen zu Hilfe kämen. Redner empfiehlt dann eine Resolution seiner Partei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach der Reichsanwalt für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich ist, diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichsanwalts von einem Staatsgerichtshof geregelt wird. Ein Reichsanwalt müsse entlassen werden, wenn der Reichstag es verlange. Das sei die einzige Waffe, die der Reichstag habe. Damit würde und müße auch die Selbstherrlichkeit des Monarchen in bezug auf Entscheidung über Krieg und Frieden ein Ende haben. Jetzt hätten wir ein bürokratisches Regierungssystem mit parlamentarischer Aufsicht. Redner sucht dann nachzuweisen, daß wir eine Parteiregierung hätten. Auch Palow habe geben müssen, weil die konservative Partei sich in Deutschland nicht reieren läßt. Die Regierung kriechen vor jeder Willensäußerung der Konservativen. Sie befinden sich in einer „autogonischen Abhängigkeit“. Deshalb sage sich auch Herr Palow: Du darfst dich nur mit den Konservativen einverstanden, sonst machst es ein Kollege so mit mir, wie ich mit Palow. Redner schließt mit einem Appell an die Liberalen. Zeite an Seite mit den Sozialdemokraten den Kampf gegen die Junker zu führen. — Abg. Viebermann v. Sonnenbera (Wirtsch. Vaa.): Ich will nicht vom Wahlrecht, nicht von der Junkerherrschaft, nicht von den Pfaffen, auch nicht von den Juden reden (Heiterkeit), sondern mich streng an das Thema halten. Die Resolution betr. Elsaß-Lothringen lehnen wir ab mit Rücksicht auf die gehörige Erklärung des Reichsanwalts. Wenn der Abgeordnete Raumann gestern Baden und Bayern, die 1870 Schuster an Schuster mit Preußen gefochten haben, mit Elsaß-Lothringen gleichgestellt, so müße er schon weit von der Höhe nationaler Anschauungen herabgeglitten sein. (Sehr richtig! rechts.) Die Schiedsgerichts-Resolution nehmen wir an. Die sozialdemokratische Resolution betr. Nachwahlen lehnen wir zwar nicht prinzipiell ab, die Sache ist aber noch nicht genügend geklärt, ebenso die Resolution betr. das Verantwortlichkeitsgesetz. — Die Resolution über die Kanzlerverantwortlichkeit wird gegen die Rechte, die

Jätig ist die Staat von Reichstag & Schöner